

Početna stranica>Zakonodavstvo i sudska praksa>Nacionalno zakonodavstvo

Otvoreni postupci u području građanskog pravosuđa koji su započeti prije isteka prijelaznog razdoblja nastaviti će se na temelju prava EU-a. Na temelju uzajamnog sporazuma s Ujedinjenom Kraljevinom na portalu e-pravosuđe do kraja 2024. ostat će dostupne informacije povezane s Ujedinjenom Kraljevinom.

Recht der Mitgliedstaaten**Engleska i Wales**

Auf dieser Seite finden Sie Informationen über das Recht und die Rechtsdatenbanken, die sich auf das Rechtssystem des Vereinigten Königreichs beziehen. Im Vereinigten Königreich – England und Wales, Nordirland und Schottland – gibt es drei unterschiedliche Rechtsordnungen. Diese Informationen beziehen sich auf die Zuständigkeit für England und Wales.

Rechtsquellen

Die wichtigsten Rechtsquellen in der Zuständigkeit des Vereinigten Königreichs für England und Wales sind:

Primärrecht in Form von **Gesetzen des Vereinigten Königreichs, Rechtsakte der Nationalversammlung für Wales und Maßnahmen der Nationalversammlung für Wales**

EU-Recht

Sekundäre (oder untergeordnete) Rechtsvorschriften in Form von **Rechtsverordnungen** der Regierung des Vereinigten Königreichs, der Regierung des Vereinigten Königreichs, der Regierung des Vereinigten Königreichs oder einer anderen Behörde. Einige andere nachgeordnete Rechtsvorschriften können als **Verwaltungsanweisungen erlassen** werden.

Das durch gerichtliche Entscheidungen entwickelte **gemeinsame Recht**

Typologie der Rechtsakte – Beschreibung

Das **Primärrecht** oder die Parlamentsgesetze werden vom britischen Parlament in London erlassen und können für alle oder einen Teil des Vereinigten Königreichs gelten. Die National Assembly for Wales ist in der Lage, Gesetze über 20 dezentrale Bereiche zu verabschieden, die in Schedule 7 des **Government of Wales Act 2006 aufgeführt sind**. Andere primäre Rechtsvorschriften können vom Staat in verschiedener Form erlassen werden, z. B. Beschlüsse des Rates, Erklärungen, Königliche Haftbefehle, Königliche Instruktionen, Verordnungen und Briefpatenten.

Rechtsakte des **abgeleiteten Rechts** werden im Rahmen von Befugnissen erlassen, die Ihnen vom Rat oder von einem Minister, Dienst (Ministerium), walisischen Ministern oder einer anderen Einrichtung oder Person übertragen wurden. Dies wird auch als delegierte oder sekundäre Rechtsvorschriften bezeichnet, und das Gesetz, mit dem die Befugnis verliehen wird, wird als Ermächtigungs- oder Ermächtigungsgesetz oder „Elterngesetz“ bezeichnet. Das Sekundärrecht kann verschiedene Bezeichnungen haben: beispielsweise Verordnungen des Rates, Verordnungen oder Vorschriften, die alle gemeinsam als „Rechtsverordnungen“ oder „Statutory Rules“ bezeichnet werden können.

Im Juli 1999 wurden bestimmte Rechtsetzungsbefugnisse vom Parlament des Vereinigten Königreichs an die Nationalversammlung für Wales in Cardiff übertragen. Das Parlament erhielt die Befugnis, Rechtsakte zu erlassen, die sich auf Wales auswirken, aber das Parlament des Vereinigten Königreichs hat weiterhin die wichtigsten Rechtsvorschriften für walisische Angelegenheiten vorgelegt. Nach dem **Government of Wales Act 2006** wurde der Versammlung die Befugnis übertragen, Maßnahmen (Primärrecht) in Bezug auf die Angelegenheiten in Wales zu verabschieden, für die das Parlament des Vereinigten Königreichs legislative Kompetenzbeschlüsse genehmigt hat, die die im Gesetz festgelegten Themen abdecken. Die Maßnahmen müssen jedoch dem Rat beim Rat zur Genehmigung vorgelegt werden, bevor sie zu Recht werden können. Die Versammlung ist zuständig für Themen wie wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Umwelt, Gesundheit, Wohnungswesen, Tourismus und Verkehr; ist jedoch nicht für Zivil- oder Strafrecht zuständig. Die walisische Gesetzgebung der Nationalversammlung und der walisischen Minister (walisische Nationalversammlung) erfolgt sowohl in englischer als auch in walisischer Sprache.

Die Befugnis, **internationale Verträge** im Namen des Vereinigten Königreichs zu schließen, liegt bei der Crown – d. h. dem Sovereign unter der Königlichen Prärogative –, der auf Empfehlung der Regierung des Vereinigten Königreichs tätig ist. Das Parlament des Vereinigten Königreichs hat derzeit keine formelle Rolle bei den Verträgen, aber wenn ein Vertrag eine Änderung der Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs oder die Gewährung öffentlicher Gelder erfordert, stimmt das Parlament in der üblichen Weise ab. Alle EU-Verträge schreiben Rechtsvorschriften für ihre Umsetzung im Vereinigten Königreich vor und unterliegen daher der parlamentarischen Kontrolle. Bei Inkrafttreten des Verfassungsreform- und des Governance-Gesetzes von 2010 darf ein Vertrag nur dann ratifiziert werden, wenn a) dem Parlament zuvor eine Kopie des Vertrags vorgelegt wurde, b) der Vertrag veröffentlicht wurde und c) eine Frist von 21 Tagen abgelaufen ist, ohne dass das Parlament entschieden hat, dass der Vertrag nicht ratifiziert werden sollte.

Normenhierarchie

Bei Konflikten zwischen den verschiedenen Rechtsquellen ist das Hauptforum für deren Lösung die Gerichte. Streitigkeiten über die Auslegung von Rechtsvorschriften können auch von den Gerichten beigelegt werden. Da es im Vereinigten Königreich keine „schriftliche Verfassung“ gibt, ist es jedoch nicht möglich, ein Gesetz des Parlaments vor Gericht mit der Begründung anzufechten, dass es „verfassungswidrig“ ist. Die **Verfassungslehre der „parlamentarischen Souveränität“** ist der Ansicht, dass das Parlament des Vereinigten Königreichs das oberste Gesetzgebungsorgan in dem Sinne ist, dass es ein Gesetz erlassen und aufheben kann und dass keine andere Stelle die Gültigkeit eines Akts des Parlaments aufheben oder in Frage stellen kann.

Die Doktrin der parlamentarischen Souveränität wird jedoch durch die Mitgliedschaft des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union eingeschränkt. Gemäß dem European Communities Act 1972 ist das Recht der Europäischen Union Bestandteil des Gesetzes von England und Wales (und Schottland und Nordirland). Die nationalen Rechtsvorschriften sind so auszulegen, dass sie so weit wie möglich mit dem EU-Recht vereinbar sind.

Der Human Rights Act 1998, der die Europäische Menschenrechtskonvention in britisches Recht integriert hat, verleiht den Gerichten eine weitere Befugnis, die Gesetze des Parlaments in Frage zu stellen. Soweit dies möglich ist, sind die innerstaatlichen Rechtsvorschriften so auszulegen, dass sie mit den Rechten aus dem Übereinkommen vereinbar sind.

Entscheidungen der Gerichte, insbesondere der Berufungsgerichte, spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Rechts. Sie liefern nicht nur verbindliche Entscheidungen über die Auslegung von Rechtsvorschriften, sondern bilden auch die Grundlage für das Common Law, das in früheren Fällen (oder in der Rechtsprechung) von Gerichtsurteilen abgeleitet wurde.

Was die Entscheidungen der Gerichte betrifft, die an andere Gerichte gerichtet sind, so besteht der allgemeine Grundsatz darin, dass ein Gericht durch frühere Entscheidungen eines höheren Gerichts gebunden sein wird.

In Bezug auf Angelegenheiten des Rechts der Europäischen Union ist **der Europäische Gerichtshof** die höchste Instanz. Das Oberhaus des House of Lords hat sich als Oberster Gerichtshof des Vereinigten Königreichs verhalten, wurde aber durch den neuen Obersten Gerichtshof ersetzt, der am 1. Oktober 2009 in Kraft trat. Das bestehende Gesetz wurde zum ersten Richter des Obersten Gerichtshofs, und das Senior Law Lord wurde Präsident.

Institutioneller Rahmen

Organe, die für den Erlass von Rechtsvorschriften und den Entscheidungsprozess zuständig sind

Das Primärrecht wird vom **britischen Parlament** in London erlassen. Bevor ein **Gesetzesvorschlag** (bekannt als Gesetzentwurf) zu einem Rechtsakt des Parlaments werden kann, muss er von beiden Kammern des Parlaments gebilligt werden: House of Commons und House of Lords. In beiden Häusern finden folgende Phasen statt:

Erste Lesung (förmliche Einführung des Gesetzes ohne Aussprache)

Zweite Lesung (allgemeine Aussprache)

Ausschussphase (eingehende Prüfung, Aussprache und Änderungsanträge). Im Unterhaus findet diese Phase im Allgemeinen in einem Ausschuss für die öffentliche Rechnungslegung statt.)

Berichtsphase (Gelegenheit für weitere Änderungen)

Dritte Lesung (letzte Möglichkeit zur Diskussion; Änderungen sind im Oberbegriff des Oberhauses (Lords) möglich).

Sobald ein Gesetzentwurf in beiden Kammern verabschiedet wurde, wird es in das erste Haus (wo es aufgenommen wurde) zurückgebracht, damit die Änderungsanträge des zweiten Hauses berücksichtigt werden können.

Beide Häuser müssen sich auf den endgültigen Text einigen. Zwischen den beiden Kammern kann es mehrere Gesprächsrunden geben, bis eine Einigung über jedes Wort des Gesetzes erzielt wird.

Das Primärrecht wird auch von der National Assembly for Wales (**Nationalversammlung für Wales**) erlassen. Bevor ein Gesetzentwurf zu einer Versammlung werden kann, muss es von der Versammlung in Erwägung gezogen und von der Versammlung verabschiedet und vom Monarch abgegeben werden. Ein Gesetz der Versammlung ist ein Gesetz, das in allen Gebieten von Wales, wo es anwendbar ist, durchgesetzt wird.

Im Allgemeinen besteht ein 4-stufiges Verfahren zur Prüfung eines Regierungsgesetzes in der Versammlung wie folgt:

Phase 1: Prüfung des allgemeinen Grundsatzes eines Entwurfs oder der Maßnahme durch einen Ausschuss (oder die Ausschüsse) und Billigung dieser allgemeinen Grundsätze durch die Versammlung.

Phase 2: Eingehende Prüfung eines Entwurfs oder einer Maßnahme durch einen Ausschuss und der von den Mitgliedern der Versammlung vorgeschlagenen Änderungen.

Phase 3: Eingehende Prüfung des Entwurfs oder der Maßnahme durch die Versammlung sowie der von den Mitgliedern der Versammlung vorgeschlagenen Änderungen. Der Datenschutzbeauftragte entscheidet, welche Änderungen von der Versammlung berücksichtigt werden.

Phase 4: Eine Abstimmung durch das Plenum, um den endgültigen Text des Gesetzes oder der Maßnahme weiterzugeben.

Wenn ein Gesetzentwurf alle seine parlamentarischen Phasen im Parlament des Vereinigten Königreichs oder der Walisischen Versammlung durchlaufen hat, wird es an den Sovereign for **Royal Assent** geschickt, nach dem es zu einem **Gesetz** wird. Die Maßnahmen der Nationalversammlung für Wales müssen der Königin im Rat zur Genehmigung vorgelegt werden.

Das Primärrecht kann in der Regel nur durch neue primäre Rechtsvorschriften geändert oder aufgehoben werden. Es gibt jedoch Ausnahmen, unter denen durch Rechtsverordnung bestimmte Änderungen und Aufhebungen vorgenommen werden können. Dazu gehört auch, dass sie Verpflichtungen der EU umsetzen oder eine Gesetzesreform durchführen, durch die der Regelungsaufwand verringert oder beseitigt wird. Solche Anordnungen müssen jedoch durch eine positive Auflösung der beiden Kammern des Parlaments genehmigt werden.

Das Primärrecht tritt gemäß den im Gesetz oder in der Maßnahme enthaltenen **Bestimmungen über die Aufnahme** in Kraft. In dem Rechtsakt oder der Maßnahme kann ein bestimmtes Datum für das Inkrafttreten angegeben werden. Dies könnte unmittelbar an Royal Assent zu einem bestimmten Zeitpunkt (im Allgemeinen mindestens zwei Monate nach der Zustimmung des Königs) oder an einem von einem Minister oder Dienst zu benennenden Termin durch Erlass einer Rechtsverordnung (Rechtsverordnung) liegen. Für verschiedene Bestimmungen eines Gesetzes können unterschiedliche Daten angegeben werden.

Das Datum des Inkrafttretens aller sekundären Rechtsvorschriften wird in der Regel im Instrument selbst festgelegt. In Ausnahmefällen kann der Beginn der Frist durch die Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union (im Folgenden: „London Gazette“) erfolgen.

Rechtsdatenbanken

[Der](#) von The National Archives verwaltete Rechtsinstitut gov.uk ist der offizielle Sitz des britischen Rechts.

Die gov.uk bietet Zugang zu britischem Recht für alle Rechtsräume (England, Schottland, Wales und Nordirland). Die Website enthält alle Rechtsvorschriften von 1988 bis heute, die meisten Rechtsvorschriften aus der Zeit vor 1988 sowohl in der ursprünglichen als auch in der überarbeiteten Fassung, und eine große Auswahl an sekundärrechtlichen Vorschriften ab dem Jahr 1948, in dem diese Rechtsvorschriften noch in Kraft sind.

Letzte Aktualisierung: 23/10/2019

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.